

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Weg zu Verhandlungen.

Curzons Rede und ihre Folgen.

Heute morgen ist hier gesagt worden: „Wir glauben erwarten zu dürfen, daß in der nächsten Zeit von der deutschen Regierung entscheidende Schritte unternommen werden.“

Der Ausdruck dieser Erwartung entspringt nicht etwa einem geheimen Wissen von den Absichten der Regierung, er ist nur eine, wie wir glauben, zwingende Schlussfolgerung aus der gesamten politischen Situation.

Die Reichstagsdebatte hat gezeigt, daß die Reichsregierung die erdrückende Mehrheit der Volksvertreter hinter sich haben wird, wenn sie sich zu dem Entschluß aufrafft, am Verhandlungstisch einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Sie hat auch gezeigt, daß niemand sich die kommenden Verhandlungen anders vorstellt, denn als einen energischen Versuch, die Rechte und Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes mit den Bedürfnissen der Gegenseite in Einklang zu bringen, daß niemand an die Aufgabe des passiven Widerstandes denkt, solange nicht eine erträgliche Lösung gefunden ist.

Der plötzliche Marksturz und die Ereignisse von Wülheim konnten für einen Augenblick die Sorge aufkommen lassen, daß der beste Zeitpunkt zur Einleitung von Verhandlungen schon veräußert sei. Zeigen sich in Deutschland Zeichen der hereinbrechenden wirtschaftlichen und politischen Zersetzung, dann schwillt denen drüben der Ramm, deren Ziel es ist, über einen Trümmerhaufen Europas die Alleinherrschaft anzutreten. Aber Wülheim hat sich als ein kleines Zwischenspiel erwiesen, das schon wieder erledigt ist, die Massendisciplin an der Ruhr bleibt ungebrochen, und es scheint auch, daß es gelingen wird, die gleitende Bewegung der Mark wieder zum Stillstand zu bringen.

Run kommt die Rede Lord Curzons, des britischen Außenministers. Sie ist geeignet, die „Papierwand“ zu durchstoßen, sie muß hier zu Lande auch die noch Unschlüssigen und Schwankenden zu der Ueberzeugung bringen, daß der Augenblick da ist, in dem gehandelt werden muß.

Die Chauvinisten Frankreichs hatten die Kapitulation gefordert. Der passive Widerstand an der Ruhr hat ihnen geantwortet. Es ist versucht worden, die Reparationsfrage als eine Angelegenheit zu behandeln, die zunächst nur zwischen Deutschland einerseits und Frankreich-Belgien andererseits zu erledigen sei. Jede Einmischung anderer Mächte in den Konflikt schien ausgeschlossen. Solange die Dinge so standen, ist hier immer wieder gesagt worden, der Widerstand müsse auf alle Fälle zunächst fortgesetzt werden, bis es gelungen sei, England (und womöglich auch Amerika) mit ins Spiel zu bringen. Daß dieses Capienziel erreicht ist, zeigt die gestrige Rede des britischen Außenministers. Mit ihr ist eine wichtige Aenderung der diplomatischen Lage eingetreten.

Je rascher die deutsche Regierung handelt, desto klarer wird sie damit zum Ausdruck bringen, daß sie nicht vor den Rajonetten Degouttes kapituliert, sondern daß sie Ratsschlagen folgt, die ihr aus ihrer eigenen Volksvertretung und von der britischen Regierung erteilt worden sind. Diese Ratsschlagen sind in einer Form gegeben, die weit davon entfernt ist, die Aufforderung zu einer bedingungslosen Unterwerfung in sich einzuschließen, und die dem berechtigten Ehrgefühl des deutschen Volkes durchaus Rechnung trägt. Deutschland vergibt sich nichts, wenn es auf Curzons Rede hin mit einem Vorschlag zur Lösung der Reparationsfrage an die Gesamtheit der Mächte herantritt.

Deutschland muß die Welt erkennen lassen, daß es nicht um die Befreiung von Zahlungen kämpft, die es irgendwie leisten kann, sondern um die Befreiung seiner Bevölkerung von militärischer Bedrückung, um jenes Maß politischer und wirtschaftlicher Freiheit, auf das im Zeitalter der Demokratie kein Volk verzichten kann, am wenigsten ein Volk, das die Arme frei haben muß, um einen Berg von Schulden abzutragen. Diese Auffassung trägt ein so starkes logisches und moralisches Schwergewicht in sich, daß sie sich schließlich durchsetzen muß. Jede deutsche Regierung sollte jede Gelegenheit benutzen, sie mit Nachdruck zu vertreten.

Curzons Rede bedeutet einen Anfang. Sie leitet eine Aktion ein, die in einem neuen Abkommen ihren Abschluß finden muß. Niemand wird diesem Abschluß mit einem Uebermaß von Optimismus entgegensehen, aber sonst kann von ihm gesagt werden: er wird in dem Maße definitiv sein, in dem er das Bedürfnis des französischen Staates nach Geld mit dem Bedürfnis des deutschen Volkes nach Freiheit vereinigen und ökonomische Möglichkeiten berücksichtigen wird, es wird in dem Maße provisorisch sein, in dem es das nicht tun wird.

Ein solcher bedingter Optimismus ist und bleibt berechtigt. Die brutale Gewalt kann höchstens nur noch Pyrrhusiege erflehen, die den Sieger ebenso treffen wie den Besiegten. Die Vernunft ist marschbereit, und es ist die Aufgabe der deutschen Regierung, sie in Marsch zu setzen.

Die Debatte im Oberhaus.

In Anbetracht der außerordentlichen Wichtigkeit der gestrigen Aussprache im englischen Oberhaus geben wir, in Ergänzung der Meldungen in der heutigen Morgenausgabe, nach WTB, die weiteren Einzelheiten der Debatte wieder:

Lord Buckmaster, der die Aussprache eröffnete, fragte die Regierung, ob sie, angesichts des wachsenden Erstes der Lage, die durch die französische Besetzung deutschen Gebiets hervorgerufen wurde, das Haus über die letzte Entwicklung unterrichten und eine Erklärung über ihre Politik abgeben werde. Die Wichtigkeit dieser Frage, die in ihren mittelbaren Folgen die gesamte zivilisierte Welt berühre, sei sicher von niemandem zu unterschätzen. Es gebe keine größere Torheit, als auf Allianzen zu bauen. Es sei nicht schwierig, zu verstehen, was Frankreich zu seiner Aktion veranlaßt habe. Es habe natürlich erklärt, daß sie unternommen sei als Mittel, um Reparationen zu erhalten, aber wenn irgend jemand in den französischen Blättern die vollständigen Berichte über die Rede lese, die Poincaré in Dünkirchen hielt, so werde er bereits aus den einleitenden Sätzen finden, daß

dieser Schritt von Frankreich unternommen wurde, um seine Grenzen zu schützen.

Man dürfe niemals vergessen, was Frankreich gelitten habe. Frankreichs Gebiet sei „ohne Grund und Anlaß“ vergewaltigt worden. Frankreich habe anderthalb Millionen Männer verloren. Es habe gesehen, wie einige seiner besten Städte systematisch zerstört wurden, und Dörfer, die einst Heimstätten eines betriebenen und glücklichen Volkes waren, seien jetzt Ruinen. Alle diese Heimstätten seien verödet durch die unglücklichen Bräutlichkeiten. Außerdem habe Frankreich gesehen, daß Deutschland keine höhere Schuld habe, und daß der Schutz, der Frankreich im Versailler Vertrag garantiert wurde, vollständig niedergebrochen sei. Es könne nicht auf die gemeinsame Garantie Englands und der Vereinigten Staaten zum Schutze seiner Grenzen bauen. Unter diesen Umständen sei es nicht überraschend, daß Frankreich dazu geführt wurde, diese Aktion zu unternehmen. Man habe versucht, den Vormarsch ins Ruhrgebiet und seine Erweiterung durch die Lasten zu rechtfertigen, daß Deutschland bezüglich der Reparationen in Verzug geraten sei. Es sei vollkommen wahr, daß Ende des letzten Jahres Deutschland mit Bezug auf seine Kohlenlieferungen an Frankreich in Verzug geriet, aber er glaube nicht, daß irgend jemand sagen würde, daß dieser Verzug seitens Deutschlands vorzüglich war. Es bestehe jedoch ein

technischer Bruch des Vertrags, und im Januar d. J. sei Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert und habe seit dieser Zeit seine Besetzung immer weiter ausgedehnt. Sei der Vormarsch zur Bezahlung von Kohlen erfolgt, so sei die Besetzung ein Mißerfolg. Nicht nur die Kohlenlieferungen seien ein Mißerfolg, sondern Frankreich habe das Herzblut der deutschen Industrie unterbunden, indem es die Kohlen aus ihrem gesamten Produktionsmittelpunkt nahm und Deutschland so verhinderte, seine Industrie fortzuführen.

Die gesamte Reparationsfrage sei von Anfang bis Ende in jalkchem Lichte angehen worden. Zu allererst müsse man erwägen, wie man bezahlt werden wolle, und dann sei es an der Zeit, zuzusehen, wie man bezahlt werden könne. Und dann erst, wieviel gezahlt werden könne. Buckmaster fragte, wie Frankreich hoffen könne, bezahlt zu werden, wenn es die deutsche Industrie lähme; dies scheine vollkommen unmöglich. Und welches sei die Wirkung auf England? Deutschland werde dadurch nicht nur außerstand gesetzt, Frankreich zu bezahlen, sondern es werde auch unfähig gemacht, auch nur die geringste Zahlung an England zu leisten.

Sowohl England und Deutschland in Betracht kämen, bestehe nicht länger irgendeine Notwendigkeit für das Verbleiben des britischen Besatzungsheeres außer als Mittel zur Sicherung, daß England seine Schuld bezahlt erhalte, aber da gefunden werde, daß diese Schuld nicht bezahlt werden könne, so lege

seine weitere Grund für das Verbleiben des britischen Besatzungsheeres

vor. Es sei nicht nur nicht von der geringsten Unterstützung für England, sondern behindere die englische Stellung außerordentlich. Die Engländer seien jetzt von allen Seiten von französischen Truppen umringt, und die englischen Kaufleute im besetzten Gebiete schienen immer mehr unter der Behinderung der Lage zu leiden. Buckmaster fragte, ob Deutschland, seitdem die Ruhrbesetzung erfolgt sei, in der Lage gewesen sei, für das britische Besatzungsheer zu zahlen oder ob das britische Besatzungsheer im gegenwärtigen Augenblick auf Kosten des britischen Steuerzahlers aufrechterhalten werde.

Es sei die Pflicht Englands, klarzumachen, daß es der Ansicht ist, daß

Zurückhaltung an der Börse.

Die Sonnabende lassen, wie üblich, bei dem inoffiziellen Verkehr der Berliner Börse eine sichtbare Tendenz kaum aufkommen. Die Spekulation, die gestern nachdrücklich im Effekten sich stark einsetzte, verhält sich heute im größten Umfang zurück. Von Publikumsseite liegen bisher wenig Aufträge vor. Hierbei überwiegen Kaufordere, die sich wiederum auf die niedrig gehaltenen Werte gruppieren.

Am Devisenmarkt blieben die Umsätze bei äußerst stillem Geschäft im ganzen wenig umfangreich. Das Niveau konnte sich auf teilweise Bedarfskäufe wieder etwas heben. Der Dollar wurde nach der amtlichen Notiz mit 26 750 gehandelt.

die von Frankreich verfolgte Politik England gefährlich erscheinend.

Es sei zwecklos, sich einzubilden, daß man Frieden in Europa bekommen könne, bevor durch das eine oder andere Mittel ein gemeinames Einverständnis hergestellt sei nicht nur zwischen England und Frankreich, sondern auch zwischen Frankreich, England, Deutschland und allen anderen europäischen Mächten. Deutschland stehe am Rande des Hungers. Die Zahl der Selbstmorde und Todesfälle infolge Hungers nehme in Deutschland zu. Das Leben des deutschen Volkes sei heute, abgesehen von Schiebern, ein Leben größter Elends. Es bestehe kein Zweifel, daß diese Aktion seitens Frankreichs von jedem Deutschen tief und bitter empfunden werde, und es sei nicht möglich, dieses Hoch Deutschland für immer aufzuwerfen, ohne daß Deutschland in die Lage käme, Beziehungen mit Rußland herzustellen, was keine andere Nation verhindern könne. Dadurch werde eine Flamme entfacht, die die Welt vernichten werde. Es gebe nur eine Möglichkeit für die Welt: diese Fliege in der

Tätigkeit des Völkerbundes

und darin, daß man darauf bestehe, daß diese Fragen aufhören, zwischen einer und der anderen Nation verhandelt zu werden, sondern Fragen für die gesamte Welt werden, und daß die Welt bei ihrer Lösung mithelfe. Der Versailler Vertrag sei auf Gewalt gegründet, der Völkerbund auf Gerechtigkeit, und bevor nicht die Gewalt zum Staben der Gerechtigkeit gemacht werde, würde es keinen Frieden geben. (Beifall.)

Nach Lord Buckmaster ergriff der Außenminister Lord Curzon das Wort, um die durch die Ruhrkrise entstandene internationale Situation und die Grundlinien der britischen Politik zu skizzieren. Nach den bereits wiedergegebenen Ausführungen über den Reparationsplan Bonar Law und die Frage der Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Ruhrgebiet führte Curzon weiter aus:

Es gebe zwei Möglichkeiten: Wenn England sich Frankreich angeschlossen hätte, so würde es Teilhaber an einer Unternehmung gewesen sein, deren praktische Ausdehnung es von Anfang an bezweifelt und bestritten habe. Wenn England die Partei Deutschlands ergriffen hätte, so wäre es in eine unfreundliche und illoyale Stellung gegenüber seinem Verbündeten geraten. Die leitende Erwägung der britischen Regierung sei daher die ganze Zeit gewesen, daß die Entente zwischen Frankreich und Großbritannien und seinen Verbündeten nicht getroffen werde. Die Regierung sei der tiefen Ueberzeugung, daß

die Entente die Grundlage der europäischen Wiederherstellung und des europäischen Friedens

sei. Wenn sie zusammenbräche, so gebe es keine Grenze für das Chaos, das daraus entstehen würde, sowie für die den europäischen Frieden bedrohende Gefahr. Es werde erklärt, die neutrale Haltung Großbritanniens sei eine Haltung der Impotenz, die Erfahrung des letzten Krieges habe jedoch gezeigt, daß ein Neutraler keineswegs eine „Latenfigur“ sei. Ein Neutraler sei in jedem Augenblick in der Lage, ein Agent und zwar ein sehr nützlicher Agent zu werden. Die zweckdienlichste Form der Aktion sei nicht notwendigerweise eine direkte Aktion oder offene Teilnahme an einem Streit. Selbst von einem neutralen Standpunkt aus sei die britische Neutralität von größtem Werte. Es sei sicher besser nichts zu tun — obwohl er weit davon entfernt sei zuzugeben, daß die britische Regierung nichts getan habe — als das Falsche zu tun. Die Politik, Fehler zu vermeiden und

auf den rechten Augenblick zu warten,

sei keineswegs eine negative Politik, es sei eine Politik, die nicht nur eine taktische Klugheit sein könne, sondern sich auf die Dauer als eine Politik bester Staatskunst erweisen könne. Die beste Wertebewertung, die für diese Politik erbracht werden könne, sei die Tatsache, daß die britische Neutralität für beide Teile annehmbar gewesen sei, und daß keine der beiden Parteien wünsche, daß England davon abgehe. Die augenblickliche britische Politik lasse die Regierung in der Stellung, wo sie jeden Tag oder jede Stunde wirksam intervenieren könne.

Es bestehe kein Zweifel, daß Deutschland eine Widerstandsfähigkeit gezeigt habe, die seine Gegner und seine Freunde

überzeuge.

Die Ergebnisse der französisch-belgischen Besetzung bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien zwar ernst, sie seien aber weniger unmittelbar verhängnisvoll gewesen, als von diesen Leuten erwartet wurde. Deutschland habe eine hartnäckige Bereitschaft gezeigt, Verluste und Entbehrungen zu erleiden. Die Lage sei zweifellos sehr schwierig für Deutschland gewesen. Es sei ein ernstes Mangel an Vorräten von Rohstoffen eingetreten und es habe eine große Steigerung der Produktionskosten und eine Lähmung der Ausfuhr stattgefunden. Dazu seien besonders die verblüffenden

Schwankungen im Wechselkurs der Mark

gekommen, und, abgesehen die deutsche Regierung eine anscheinend erfolgreiche Anstrengung zu ihrer Stabilisierung unternommen habe, sei ein weiteres verhängnisvolles Fallen erfolgt. Und wenn man die Lage nun vom finanziellen Standpunkt aus betrachte, so scheine sie höchst besorgnis-erregend zu sein. Trotzdem sei während dieses Zeitraumes das Auserjense, was die deutsche Regierung bisher bereit gewesen sei zu tun, gewesen, daß sie die Vorschläge wiederholte, die von dem amerikanischen Staatssekretär Ende vorigen Jahres gemacht wurden, daß nämlich die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands an einen internationalen Ausschuss von Geschäftsleuten und Sachverständigen verwiesen werden sollte. Curzon sagte, er sehe jedoch, daß dieser Vorschlag, abgesehen er versuchsweise von der deutschen Regierung wieder vorgebracht wurde,

von den Vereinigten Staaten nicht wieder aufgenommen und von Paris sofort abgelehnt

werden sei. Deutschland habe auch vorgeschlagen, für die künftige Sicherheit Frankreichs Vorkehrungen zu treffen, indem Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Amerika, falls letzteres dazu bereit sei, sich verpflichten sollten, während eines Zeitraums von 50 Jahren keinen Krieg zu führen. Ob dieser Vorstoß nun genügende Vorteile habe, um seine Erörterung zu rechtfertigen oder nicht, er bietet keine unmittelbare Erleichterung für die augenblickliche Lage.

Der Staatssekretär erklärte dann, seine Informationen über die Ergebnisse der Reichstagsdebatte

in der letzten Woche gingen dahin, daß die allgemeine Stimmung durchaus die Regierungspolitik billige, die bisher in der Ruhrfrage verfolgt wurde, und daß eine vollständige Einigkeit zu Gunsten der Fortsetzung des passiven Widerstandes bestehe, ebenso daß man einig darüber sei, daß die deutsche Regierung nach wie vor bereit sein sollte, ein Angebot auf der Grundlage des anscheinend der französischen Regierung voriges Jahr unterbreiteten aber niemals formell den Verbündeten mitgeteilten Planes zu machen, der die Ausgabe einer Reihe internationaler Anleihen durch eine internationale Bankengruppe vorsah, unter gewissen Bedingungen bezüglich der Handelsgleichheit und Zurückziehung der Besatzungsarmee. Dies sei das Wesentliche der Vorschläge, die bisher von der deutschen Regierung ausgegangen seien.

Diese sei fernerhin von der unmöglichen Bedingung zurückgetreten, die sie angeblich früher aufgestellt habe, daß die Räumung des Ruhrgebietes den Verhandlungen vorausgehen müsse.

Aber wenn davon die Rede sei, daß das Rheinland in Zukunft einem besonderen Regime unterworfen werden sollte, so erfolge leidenschaftliche Ablehnung, einen solchen Vorschlag auch nur zu erwägen, der mit der Souveränität Deutschlands unvereinbar sein würde oder der in territorialer oder politischer Beziehung diese Gebiete unter eine Kontrolle stellen würde.

Nach Grundgang der Ansichten, die von den Franzosen und den Belgieren einerseits und von den Deutschen andererseits offen ausgedrückt seien, schiene man auf einem toten Punkte angelangt zu sein.

Zu dem Vorschlag Bismarcks, daß die gesamte Frage dem Völkerbund übergeben werden sollte, erklärte Curzon, es sei mehr als wahrscheinlich, daß sie eine Last für den Völkerbund bedeuten würde, die er zu tragen nicht imstande sei. Es würde bedeuten, die Lösung der Frage einer Körperschaft zu überweisen, in der bisher Deutschland und die Vereinigten Staaten nicht vertreten seien und von der daher gesagt werden könnte, daß sie einen parteiischen Charakter habe und, was noch ernstlicher sei, es könnte bedeuten, daß Frankreich sich aus dem Völkerbund zurückziehe, was die schließliche Auflösung des Bundes selbst zur Folge haben könnte.

Den Schluß der Rede Curzons bildete die bedeutsame Kundgebung, daß die englische Regierung vor deutschen Geraden habe, mit einem bestimmten Vorschlag hervorzutreten, und daß sie nach Eröffnung der Verhandlungen bereit sein werde, zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln.

Lord Grey über die Lösung der Krise.

London, 21. April. (B.Z.) Lord Grey erklärte, gestern im Oberhaus bei der Debatte über die Reparationsfrage, die Fragen der Reparationen und der Sicherheiten für Frankreich und Belgien seien viel enger miteinander verbunden, als Curzon zu verstehen gegeben habe. Er glaube, daß alle Vorschläge, die nur die Reparationen behandelten, auf unüberwindliche Hindernisse stießen würden, wenn nicht ebenso die Frage der Sicherheit entschieden werde. Curzon sei der Ansicht, daß der tote Punkt noch nicht überwunden sei und habe dem Haus nicht viel Hoffnung gegeben. Er hätte lieber gesehen, wenn Curzon die Lage der Dinge offen auseinandergesetzt hätte. Während der allerletzten Wochen sei die Lage in gewissen Sinne schlimmer geworden, aber in anderer Beziehung habe sie sich gebessert. Er glaube, daß Anzeichen vorhanden seien, daß die französische und die belgische Regierung einzusehen begännen, daß die Ausübung eines gemeinsamen Druckes auf Deutschland allein keine Lösung herbeiführen werde. Er glaube, sie kämen immer mehr zu der Einsicht, daß eine Lösung gefunden werden müsse, nicht allein durch ihr Sonderverhalten im Ruhrgebiet, sondern durch eine Aktion in Gemeinschaft mit ihren Alliierten. Dies bedeute, daß sie die Besetzung aufrechterhalten würden, bis Ergebnisse erzielt seien, aber es bedeute auch die Einsicht, daß die Aufrechterhaltung der Besetzung allein nicht die Ergebnisse zeitigt, die sie in Anspruch nehmen würden, sich zurückzuziehen.

Pariser Stimmen.

Die bisher vorliegenden Pariser Blätterstimmen zu Curzons Rede sind noch spärlich. Das rechtsstehende „Echo de Paris“ verhält

sich im allgemeinen ablehnend, insbesondere gegenüber der Anregung einer internationalen Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit und gegenüber dem Gedanken, daß das Problem der militärischen Sicherheit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit behandelt werde. Die linksstehende „Deuxième“ begrüßt es dagegen, daß England über die Sicherheiten verhandeln wolle. Wenn man Curzons Ausführungen mit denen Breitscheldts vergleiche, müsse man erkennen, daß das Programm der Sicherheiten leicht eine Lösung finden werde.

Mülheim.

Mit verdächtigem Eifer stürzt sich die ganze deutschösterreichische reaktionäre Presse auf die Mülheimer Vorgänge. Angesichts der Debatten im Preussischen Landtage und der bevorstehenden Verhandlungen des Reichstages über das Verbot der Deutschösterreichischen gebrauchten die Reaktionen bringen eine Ablenkung der Öffentlichkeit von ihrem eigenen Treiben. Die provozierende Form, mit der der rechtsdeutschösterreichische Abgeordnete Schlang nach der Kennzeichnung des Zentrumsabgeordneten Loenarz gestern lediglich dem französischen Propagandadienst Dienste erwies, verfolgt dieselben Ziele wie die jedes Maß überschreitenden Angriffe, die die sonst so vorsichtige „Kreuz-Zeitung“ im trauten Verein mit der „Deutschen Zeitung“ gegen den preussischen Innenminister Genossen Severing richtet. Durch kräftiges Ausmalen einer angeblichen kommunistischen Gefahr glaubt man, das Bürgerium ängstlich machen und die eigenen Dienste zum Schutze der Ordnung anbieten zu können. Solche Versuche werden ja nun zweifellos nicht gelingen. Gerade die schnelle Liquidierung der Mülheimer Krawalle zeigt die Unsichtbarkeit aller kommunistischen „Aktionen“. Mit Recht betont die „Voss. Ztg.“, daß der „Sieg von Mülheim in erster Linie ein Sieg der Ordnungsliebe der breiten Massen war, die den Horden der Blünderer und „politischen“ Wardreure die Gefolgschaft verweigerten“.

Wem es geht in diesen Teilen des Ruhrgebietes kommunistische Elemente oder solche, die sich so nennen, die vielleicht bei den Krawallen eine Rolle gespielt haben. Aber im allgemeinen ist die Desorganisation und der Parolenwettbewerb in der kommunistischen Partei im Rheinland viel zu groß, als daß sie einheitlich imstande wäre, eine bestimmte Aktion zu unternehmen. Wenn die „Rote Fahne“ heute in einem der üblichen und aus solchen Krawallanlässen stets fälligen Aufrufe sich selbst anpreist und von der „zielbewußten und starken Führung der Kommunisten“ spricht, so kann darüber nur jeder lächeln, der aus der „Roten Fahne“ täglich entnimmt, wie in der RPD auf die Orde der Kontorderer und schließlich das Desorder folgt. Auch den angeblich vorhandenen Einfluß der Bolschewiki charakterisiert die „Voss. Ztg.“ ganz richtig, wenn sie betont:

„Die Zeiten sind vorbei, wo man in Moskau „auf den Tag“ wartete, an dem sich am Rhein die „roten“ und die „weißen“ Armeen im Endkampf messen würden. Die russischen Machthaber treiben heute eine Politik der Konsolidierung, soweit es nach all den Zerwürfungen noch möglich ist. Sie überlassen die Anarchisierung der Welt den französischen Müllern. Soweit sich kommunistische Parteigänger mit französischen Agenten einlassen, handelt es sich um örtliche „Größen“ und um besondere Spielarten aus der vielfarbigen Musterkarte linksradikalen Sekterentums. Wie wenig hinter diesen Leuten steht, hat sich in Mülheim gezeigt.“

Die Konsequenzen, die die reaktionären Blätter aus den Mülheimer Vorgängen ziehen wollen, treffen also mehr wie daneben. Die Abwehrfront der Arbeiterschaft ist unerschütterlich und kann auch durch Provokationen nicht ernsthaft gefährdet werden. Trotzdem wird sich die Regierung darüber im Klaren sein müssen, daß alles getan werden muß, um die wirtschaftliche Lage der Ruhrarbeiter angesichts der ständigen Preissteigerungen erträglich zu gestalten. Es ist deswegen im höchsten Grade bedauerlich, daß man es bei den Bauarbeitern zum Ausstand hat kommen lassen und dieselben Arbeiter, deren Haltung man kurz vorher gelobt hat, zu verdächtigen Kommunisten befördert, wenn sie gezwungen sind, sich wirt-

schaflich ihrer Haut zu erwehren. Wir erwarten, daß die Regierung in dieser Beziehung auch aus den Mülheimer Vorgängen die Lehre zieht, ihre in Lohnfragen gegen die Arbeiterschaft gerichtete Haltung endlich aufzugeben.

Welfische Hochverratspläne?

Paris, 21. April. (E.P.) „Ere Nouvelle“ veröffentlicht heute ein angeblich geheimes Dokument, das der frühere Führer der hannoverschen Welfenpartei von Dannenberg, auch Reichstagsabgeordneter, durch Vermittlung von Dr. Dorien, dem Führer der rheinischen Separatisten vor mehr als einem Jahre vor dem Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet nach Paris bringen ließ. Die wichtigste Stelle des Dokumentes ist folgende: „Ein sofortiger Vormarsch der Alliierten oder auch nur der Franzosen hätte bis zur Elbe stattfinden. Sobald die französischen Truppen die Grenze von Hannover erreicht hätten, würden der Oberpräsident Noske und der Oberbürgermeister Celnert die Flucht nach Berlin ergreifen. Eine Volksabstimmung nach dem Vorbilde von Schlesien würde dann so schnell wie möglich veranstaltet werden. Um Hannover zu schützen, würde die frühere Welfenlegion, die ausschließlich gegen Preußen gerichtet ist, von neuem bewaffnet werden. Danach hätten die französischen Truppen sich wieder zurückzuziehen.“ In einem anderen Dokument habe von Dannenberg auch die Besetzung von Berlin durch die Franzosen vorgeschlagen.

Die Welfen haben in den letzten Jahren bewiesen, daß sie zu allerlei Fähigkeiten sind, um ihre partikularistisch-monarchistischen Ziele zu fördern. Haben sie doch in der Zeit der Versailler Verhandlungen im Sinne der Loslösung von Preußen eifrig im In- und Ausland agitiert. Ehe wir aber die hier mitgeteilten ungeheuerlichen Einzelheiten des Textes bezichtigen, wollen wir noch eine Gegenäußerung des Herrn von Dannenberg abwarten, die allerdings unverzüglich und ohne Umschweife erfolgen muß.

Der Münchener Brandherd.

Die Lage in München ist so ungeläutert wie nur möglich. Unter dem Eindruck der „drohenden Gefahr“ der Verhaftung der beiden deutschösterreichischen Heroen vom „Miesbacher Anzeiger“ sind die bisher zum Teil miteinander im Streit liegenden „vaterländischen Verbände“ Bayerns und die „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände“, wie es in ihrer offiziellen Sprache so schön heißt, „zur Wahrung ihres gemeinsamen vaterländischen Bestandes“ in ein freundschaftliches Arbeitsverhältnis miteinander getreten. Dieses „freundschaftliche Arbeitsverhältnis“ wird sich zunächst zweifellos in verstärktem Terror äußern. Und die Bemerkungen des Innenministers Dr. Schwenker gegen den Staatsgerichtshof, über die wir gestern berichteten, dürften darauf zurückzuführen sein. Der Haftbefehl des Staatsgerichtshofs ist noch nicht durchgeführt; die Münchener Polizei hält sich vorläufig noch in Stillschweigen. In welcher Tonart die Nationalsozialisten zum Widerstand aufheizen, zeigt die folgende U.-Meldung:

In der gestern abend stattgefundenen nationalsozialistischen Massenversammlung erfuhr große Erregung durch die Behauptung des nationalsozialistischen Führers Esser, daß heute früh eine Abordnung der Reichsministerialpolizei in München eintreffen werde, um die Führer zu verhaften und sie dem Staatsgerichtshof zuzuschleppen. Der Redner bemerkte unter stürmischem Beifall: Unsere Geduld hat jetzt ein Ende. Ich bitte Euch, Volksgenossen, bereit zu sein. Wenn man sich an uns vergreift, dann soll der, der es tut, leben, wo er seinen Sarg herkrigelt. Nach der Versammlung fanden sich die Mitglieder der Sturmtruppe am Bahnhof ein.

Geburtstagsparade für Hitler.

München, 21. April. (U.) Die Nationalsozialisten bereiten ihren Führer Hitler zu seinem gefestigten 34. Geburtstag stürmische Kundgebungen. Es wurden 11.370.000 M. Hitler-Geld für den Kampf der Partei gesammelt. Nach der Feier wurde auf der Straße beim Zirkus bei Fackelbeleuchtung unter Aufsicht eines Vorbeimarsch der Sturmtruppen abgehalten.

Berichtigung. In der Notiz unseres heutigen Morgenblattes „Ruhe im Ruhrgebiet“ muß es statt „anarchistisch-Bolschewistische Exzesse“ heißen „anarchistisch-Bolschewistische Exzesse“.

Shakespeare: „König Lear“.

Großes Schauspielhaus.

Die in der Leitung der Bühnenarchitektur durch Hans Pözzig unterstützte Regie Bernhard Reichs trug den Schwierigkeiten, die die Nebenmissionen des Theaters mit der Arena in der Mitte bieten, in geschickter Weise Rechnung. Seine Kraftsteigerung dramatischer Einblicke durch Ausdehnung der räumlichen Ausmaße und die Aktion gewaltiger Massen, die man nach der ersten Genialität, unbestimmte Erinnerungen an die alte griechische Bühne weckenden Reinhardt'schen „Oedipus“-Aufführung vielfach erhoffte, und die ein Anstoß zur Verwandlung des früheren Zirkus in ein regelrechtes Theater bildete, hat sich wesentlich als Illusion herausgestellt. Jener Raum sollte nicht für solche Shakespeare-Stücke sein, in denen, wie im Julius Cäsar, Volkselemente von mitentscheidender Bedeutung sind und an die man jedenfalls in erster Reihe gedacht haben wird. Wenn in der Ausmalung der Massenbewegungen etwas gewonnen wurde, so ging in anderen Partien, die einen individuell intimen Stil verlangten, um so mehr verloren. Die Einbuße wog schwerer als der Gewinn. Verhältnismäßig trat die Empfindung eines äußeren führenden Zwanges bei der Lear-Aufführung weniger hervor. Aber es handelte sich doch nur um eine Zurückdrängung von Schwierigkeiten, von der Erzielung einer volleren Resonanz durch die gegebenen Raumverhältnisse konnte nicht die Rede sein.

Der Vereinfachung der dekorativen Hintergründe gelang es, die Pausen des Szenenwechsels zwischen den fünfzehn Bühnenbildern auf ein Minimum zu kürzen. Die Verjüngung, in welcher der greise, von Glück verwöhnte jährhundert Lear von seinen drei Töchtern die Betruerung ihrer Liebe verlangt und seine jüngste, die einzige ihm treu Ergebene, verstoßt, tritt bei dem Aufgehen des Vorhanges nicht wie sonst als fertiges Bild dem Blick dem Zuschauer entgegen. Sie wird vor seinen Augen: die Töchter mit ihren Fratzen schreien heran, die Arena ist von bewaffnetem schantentragendem Altkrieg erfüllt, und schließlich, von Postamenten umgeben, erscheint auf hohem imposanten Bau der König. Ein malerisch wirkungsvoller Kontrast. Es folgen dann die Szenen am Hofe Connerills und Regans, wo der bedürftige Alte, der Reich und Herrschaft ihnen abgetrieben, erkennt, wach rufend schwarzer Nebel hinter ihnen Reden sich verbirgt; dann die Gemitternacht, da der von seinem eigenen Fleisch und Blut Verstoßene, dem Wahnsinn verfallen, mit seinem Hofmann und einem Wahnsinn vorrückenden Flüchtlings in Sturm und Regen durch die Heide irrt. Wie eine grausige Einsönne der Tollheit erklingt das Lied vom Regen, das sie, zum Ringelreihen verschlungen, singen; am Himmel lodert der Sturmwind gepenstige, weiße Wolken. Hier kulminiert die zerrissen-bästere Verzweiflung, die das Drama ahmet. Sie drängt sich dem Lear mit noch unmittelbarer Wucht als dem Zuschauer auf. Im zweiten Teile häufen sich die blutigen Greuel

und Wechselfälle in einer Weise, dem unser heutiges Empfinden mißfiehlt. Nur einige Bilder rogen als erschütternde dichterische Symbole des Erdensammers aus dem Gemirr der Begebenheiten vor.

Der Lear des Herrn Werner Krauß bezeugte abermals den erstaunlichen Umfang seines schauspielerischen Könnens. Das machtvolle Organ erfüllte, ohne daß eine Spur von Anstrengung sich spüren ließ, den Raum bis in den letzten Winkel; die kraftvolle würdige Gestalt mit der hochgewölbten Stirn unter dem weißen Haar verahmte mit der Vorstellung, die man vom Kaiserreich des Shakespeare'schen Dramas hegt. Das Publikum feierte den Darstellern am Schluß mit stürmischem Applaus. Der Kent war durch Wilhelm Dieterle, der Hofnarr durch Herrn Janssen, der im Tonfall hier und da an Kroll erinnerte, wirkungsvoll vertreten. Gertrud Eycholdt und Maria Fein brachten kläglich Besheit der beiden älteren Töchter, Iselotte Denner den glückseligen Sinn Cordelias zum Ausdruck. Conrad Schmidt.

Beschlagene Druckchriften für die Staatsbibliothek. Die Beschlagene Druckchriften sind heute, die in unserer so bewegten Zeit gewiß noch lange andauern wird, macht den alten Wunsch unserer staatl. Bibliothek reg., von den endgültig beschlagene Druckchriften wenigstens ein Exemplar sich einzuverleiben. Diese eigentlich selbstverständliche Forderung durchzuführen, ist aber z. B. der preussischen Staatsbibliothek bisher in allgemeinen nicht gelungen, auch nicht im Falle ihrer Kräftigung, da damals im Besetzungsgebiet weder Polizei noch Zensur zu überzeugen waren, daß im Interesse späterer Forschung und Kontrolle unbedingt von jedem beschlagene Werk ein Exemplar überwiesen werden müsse. Die Bibliothek des Sachens und Hamburgs haben da besseren Erfolg gehabt. So wurde u. a. in der Deutschen Bücherlei in Leipzig die Führung besonderer Kataloge für verboten und gehemmhaltende Schriften beschlossen. Und die höchste Hamburger Justizverwaltungsbehörde hat neuerdings das Recht der dortigen Staatsbibliothek auf diese Schriften ausdrücklich anerkannt. Nun liegt der Entwurf zu einem neuen deutschen Strafgesetzbuch vor, zum eigenen Gebrauch von Verfasser, Herausgeber, Verleger und Drucker einzelne Exemplare der beschlagene Druckchriften von der Vernichtung zu befreien. Das berechtigete Verlangen der staatl. Bibliothek nach einem solchen Exemplare könnte dabei gleichfalls anerkannt und erfüllt werden. Wie diese kläglich Schriften, z. B. aus der Zeit des Vormarsches waren für die deutsche Literatur verlorengegangen, wenn man sie vorschriftsmäßig sämtlich vernichtet hätte.

Neue Kleinstere der Vorzeit. Bei den geologischen Untersuchungen der Buatt Hills in Belusschistan sind bereits früher riesenhafte fossile Säugetiere entdeckt worden, und diese Entdeckungen haben jetzt eine bedeutsame Bereicherung erfahren durch die Funde des Cambridge Zoologen Forster-Cooper, der im Auftrag des Museums seiner Universität eine Expedition nach Belusschistan unternahm. Über die Wichtigkeit dieser neuen vorgeschichtlichen

Entdeckungen äußert sich der Wiener Paläontologe Prof. Doherty in den „Naturwissenschaften“. Forster-Cooper entdeckte unter den Säugetierresten in den Buatt Hills u. a. ein neues Nashorn, das durch seine ungewöhnliche Größe auffiel, soann ein anderes riesenhafte Säugetier, das an Körpergröße die übrigen schon sehr gewaltigen Buatt-Fossilien noch übertraf und überhaupt eins der größten fossilen Säugetiere darstellt. Dieser Rieser der Vorzeit, der den Namen „Baluchitherium Osborni“ erhielt, ist vorläufig nur in einigen Skelettresten bekannt geworden; doch hat jetzt der Paläontologe der amerikanischen Expedition nach China, Walter Granger, einen fast vollständigen Schädel des Tieres entdeckt, der weitere Aufschlüsse gewähren wird. Bis jetzt läßt sich ein genaueres Bild von der systematischen Stellung des Ungeheuers noch nicht machen. Es handelt sich zweifellos um Knochen eines gewaltig großen Huftieres, das mit den Pferden und Nashörnern die nächsten verwandtschaftlichen Beziehungen aufweist. Der Bau und die Form des Handgelenkes weist von allen bekannten Typen unter den Huftieren ab. Die Gliedmaßen waren säulenförmig gestaltet und außerordentlich hoch, die Handwurzel muß mit ihrem oberen Ende ungefähr 80 Zentimeter über dem Boden erhoben gewesen sein. Der Oberarmknochen erreicht eine Länge von 84 Zentimeter, der Oberarmknochen eine Länge von 120 Zentimeter. Sehr eigenartig sind auch die Halswirbel des neuen Säugetieres. Das Gesamtbild ist einseitigen noch lächerlich, wird aber wohl bald genauere Aufklärung erfahren.

Der Welt der „andern“. Von den Frühjahrsweinstreitungen in der Pfalz wird uns geschrieben: Die Abschaltung der befehlten Pfalz vom übrigen Reich ließ die Befürchtung aufkommen, daß nur ein enger Kreis von Kaufleuten und der großen Versteigerungen sich einfinden würde. Wunderbarerweise war aber die Teilnehmerzahl recht groß, und auf allen erdenklichen Fahrzeugen waren sie in das reizende, altherkömmliche Weinortchen Deidesheim an der Haardt gekommen, um sich die guten Tropfen zu sichern. Die entwertete deutsche Mark trieb die Weinpreise in Millionenhöhe. Bezahlt wurden folgende Preise: 11 Millionen, 13 Millionen und einige Hunderttausend, 14 Millionen, 16 Millionen, 18 Millionen, 20 bis 23 Millionen und endlich 31 Millionen für je ein Faß oder tausend Liter, das macht also für ein Viertelbergglas nach Abrechnung der Unkosten im Zwischenhandel etwa 3000 bis 10000 M. Damit ist die Preisleiter auf den Frühjahrsweinstreitungen aber noch keineswegs bis zur letzten Sprosse aufgebaut.

Erstausführungen der Woche. Theater. Schauspielhaus: „Der Gabriel Sorbmann“; Leistung-Theater: „Die es auch geht“; Renaissance-Theater: „Das Konzert“; Antikes-Theater: „König, Gedächtnis, Diplomat im Amt, Der blaue Hesperus“; Mittels-Theater: „Gianni Schicchi“; Wallner-Theater: „Der Kavalier“; Freit. Neues Theater am Zoo: „Der Weltkrieger des Fridericus Rex“; Sonntag. Volkstheater: „Die Irigen Weiber von Windsor“.

Iranis. Vorträge. Sonntag. Montag. Dienstag. Raphael Gersch: „Eine Reise nach Sabametta“; Mittwoch. Sonntag. Dr. Hagler: „Aus der Geschichte eines Antarktika“; Donnerstag. Freitag. Samstag. „Die Gänge und Kammern zu den Seebädern“.

Die Angriffe auf Severing.

Fortsetzung der Landtagsdebatte.

Der Preussische Landtag setzte heute vormittag die allgemeine Aussprache zum Haushalt des Ministeriums des Innern fort. Als erster Redner nahm der deutschvolksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff das Wort, der unter stürmischer Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der Deutschnationalen eine sehr scharfe Abrechnung mit dem deutschnationalen Abgeordneten Schlange wegen seiner gestrigen Rede hielt. Kardorff führte aus: Herr Schlange hat gestern im Anfang seiner Rede von der Notwendigkeit der Einheitsfront gesprochen. Ich mache ein Fragezeichen dahinter, ob seine Rede wirklich eine Stärkung der Einheitsfront bedeutet. Diese Rede in dieser Stunde, das verstehe wer kann. (Stürmischer Beifall links und in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.) Diese Rede war ein Schlag ins Gesicht des Ministers des Innern. (Erneute stürmische Zustimmung.) Der Minister des Innern ist aber auch der Vertrauensmann der Sozialdemokratischen Partei und derjenigen Männer und Frauen, die im Ruhrgebiet in der Abwehrfront stehen, und gerade auch diese Kreise werden diese Rede als einen Schlag ins Gesicht empfinden. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) — Jurist bei den Deutschnationalen: Ihre Rede ist ein Schlag ins Gesicht der nationalen Kinderheiten. — Heiterkeit links.) Aber der Abwehrwille an der Ruhr ist viel zu stark, sitzt viel zu tief im Herzen der Kämpfer, als daß er selbst durch eine solche Rede erschüttert, geschweige denn gebrochen werden könnte. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Es besteht zwischen den Herren auf der äußersten Rechten und meinen politischen Freunden mancherlei enge Beziehungen und Berührungspunkte. Es würde aber im Grunde nicht verstanden werden, wenn wir nicht mit Entschiedenheit und Offenheit sagten, daß solche Ausführungen auf unseren ernstesten und nachhaltigsten Widerstand stoßen. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.)

Alsdann kommt der Redner auf das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu sprechen. Auch hinter dieses Verbot müssen wir ein großes Fragezeichen setzen. Aber wir bestreiten dem Minister nicht, daß ihn die besten vaterländischen Empfindungen bei seinem Vorgehen geleitet haben. Bei der Reizung der Deutschen den Unterdrückten ihre Sympathie zu bezeugen, besteht die Befürchtung, daß das Verbot das Gegenteil von dem bewirken wird, was der Minister beabsichtigt hat. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß das Verbot ohne Fühlungnahme mit der Reichsregierung, so selbst ohne die erforderliche Fühlungnahme mit dem Preussischen Reichstag erfolgt ist. Wir vermissen ferner die Parität in der Behandlung rechts- und linksradikaler Organisationen. Diese wird befördert durch möglichst energische Bekämpfung linksradikaler Kreise. In Preußen ist das Bürgeramt nahezu rechtslos. Welche Eindruck machen Ereignisse wie in München auf das deutsche Bürgertum, wenn derartige Dinge vom Minister als Kinderreien bezeichnet werden. Das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei geht über den Rahmen des notwendigen Schutzes der Republik weit hinaus. Die Deutschnationalen fragen uns jetzt, wie lange wir noch in der Koalition bleiben wollen. Darauf ist zu antworten: daß eine innerpolitische Krise in diesem Augenblick ein Unglück für unser Land wäre. Unser politisches Verantwortungsgesühl ist so stark, daß wir uns von niemandem in eine Katastrophensituation hineinziehen lassen werden. (Zustimmung bei der Volkspartei.) Das deutsche Volk würde sich weder eine Kälteperiode noch eine rechtsradikale Herrschaft auch nur acht Tage gefallen lassen. Sie würde jenseits an dem Willen der deutschen Arbeiterklasse, deren Kraft und Selbstbewußtsein durch den Abwehrkampf an der Ruhr keine Schwächung erfahren hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Soweit Selbstschutzorganisationen notwendig sind, müssen sie in enger Fühlung mit dem preussischen Innenminister und dem verantwortlichen Leiter der deutschen Landeswehr bestehen. Es ist heute Pflicht eines jeden, sich hinter den Staat zu stellen, wie er ist. Dieser wird sich selbst am besten verteidigen, wenn er ein Staatswesen ist, in dem nach Recht und Gesetz regiert wird. Wir billigen es durchaus, wenn in der heutigen Zeit Männer des profanischen Lebens an leitende Stellen kommen. Sie müssen aber in der Schule des Lebens wirklich etwas gelernt haben. Das Minus an Sachkenntnis, Rechts- und Verwaltungswissen muß ausgeglichen werden durch ein Plus an Charakter und praktischer Lebenserfahrung. (Zustimmung.) Der Beamte muß unabhängig von jeder Partei sein. Es dürfen keine Unterschiede politischer und religiöser Art gemacht werden. Die preussischen Minister der Deutschen Volkspartei halten ihre Hand auch schützend über die deutschnationalen Beamten. (Zuruf rechts: Davon merkt man nichts.) Mit diesem Zwischenruf können Sie (nach rechts) in Ihren Veranlassungen arbeiten. Dort wird man Ihnen glauben und Beifall klatschen. Aber uns dürfen Sie hier damit kommen. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner geht dann dazu über, die bayerischen Verhältnisse zu besprechen und sagt: Die

Behauptung daß Bayern eine Ordnungsjelle ist, ist der größte Schwindel der Weltgeschichte.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dort ein frisches Spiel mit der Einheit des Reiches getrieben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Hebe bayerischer Kreise gegen Personen ist ganz unangebracht. Was wäre das Reich, wenn Preußen nicht wäre. Es ist unangenehm gesagt worden: wir brauchen ein innerpolitisches Laboratorium. Aber gerade diejenigen, die das verlangen haben, tun nichts, um die innerpolitischen Verhältnisse zu konsolidieren. Wie gemein und unanständig ist es z. B., wenn die „Deutsche Zeitung“ neulich schrieb, wenn jetzt der Dollar wieder steige und mit ihm die Preise, dann habe das deutsche Volk das den Abgeordneten Dr. Stresemann und Dr. Brechtel zu verdanken, die sich jetzt beide in den Armen legen und die nationalen Belange den Internationalen opfern. Unter lebhaftem Beifall endet Kardorff mit einem warmen Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit, durch die allein Deutschland seinen Kampf für den Frieden und die Freiheit der Welt erfolgreich beenden könne.

Nach dem Redner der Deutschen Volkspartei ergreift

Minister des Innern Severing

das Wort. Er erklärt, daß zwischen Reichs- und Staatsregierung völlige Uebereinstimmung bestehe. Man müsse dort zuschlagen, wo die größere Gefahr sei. Vor einiger Zeit schrieb mir ein Abgeordneter, man müsse den dunklen Selbstschutzorganisationen Oberbühnen größere Beachtung schenken. Der das schrieb, war der Abgeordnete Schlange. (Große Heiterkeit.)

Bei Schluß des Blattes spricht der Minister fort.

Proteststreik der Thyssen-Hütte.

Hamborn, 21. April. (M.B.) Der Betriebsrat der August-Thyssen-Hütte, Gewerkschaft Hamborn, erhebt in einem Schreiben an General Beaurin in Duisburg im Namen der gesamten Arbeiter- und Angestelltenchaft schärfsten Protest wegen der Beurteilung des Direktors Paul Boulangier, und zwar sowohl wegen der Höhe der Strafe, aber in der Hauptsache gegen die Bestrafung selbst.

Die Arbeiter- und Angestelltenchaft wünscht, so heißt es am Schluß, der friedlichen Beschäftigung nachgehen zu können. Sie hält es für ihre Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß durch derartige Maßnahmen die auf den Frieden gerichtete Stimmung der Arbeiterchaft ungünstig beeinflusst wird.

Zum Zeichen des einmütigen Zusammenhaltens der Arbeiter- und Angestelltenchaft tritt die ganze Belegschaft von Sonnabend abend 8 Uhr ab in einen Proteststreik.

Um die Wohnungsämter.

Die vielerörterte Tätigkeit der Wohnungsämter wird jetzt vom Nachrichtenamt des Berliner Magistrats einer näheren Betrachtung unterzogen. Es wird darauf hingewiesen, daß ein überfüllter Abbau der Wohnungsämter die Wohnungszwangswirtschaft bedeutend lockern würde und daß die Stadt kein Recht habe, die gesetzlichen Bestimmungen zu ändern oder aufzuheben. Die Befreiung etwa nur der größeren Wohnungen von der Zwangswirtschaft verstoße gegen das Gesetz. Außerdem würde sie dem kapitalkräftigeren Teil der Bevölkerung erndiglich, sich in den Besitz übergroßer Wohnungen zu setzen. Es würde sogar weiter dadurch die Gefahr heraufbeschworen, daß solche große Wohnungen dann in weitestem Umfange als Geschäftsräume verwendet würden — also weitere Verschärfung der Wohnungsnot.

Im einzelnen wendet sich das Nachrichtenamt gegen die falsche Beurteilung, die die Verteilung des verfügbaren Wohnraumes oft in der Öffentlichkeit erfährt. Die Zahl der Wohnungsuchenden Groß-Berlins betrug am 1. Januar 1922: 147 309 Familien. Von diesen wurden bis zum 31. Dezember 1922 allein durch Vermittlung der Wohnungsämter 41152 Familien untergebracht, größtenteils in Kleinwohnungen der Bezirke. Also vor allem die wirtschaftlich Schwachen erhalten durch die Wohnungsämter eine Wohnung zugewiesen. Die Vordringlichkeitsliste der Wohnungsämter enthält die Namen von 99 000 Familien, von denen 88 889 über ein Jahr lang auf der Dringlichkeitsliste stehen. Die im Jahre 1922 von den Wohnungsämtern der Bezirke durch Ausbau, Umbau, Abtrennung usw. geschaffenen 2222 Wohnungen und weitere 175 in der Herstellung begriffene Wohnungen stellen zwar im Verhältnis zur Zahl der dringlich Wohnungsuchenden einen geringen Satz; zählt man aber hinzu, daß vor dieser Rechnung bereits seit Anfang 1919 durch die gleichen Maßnahmen 17 000 Wohnungen gewonnen worden sind, so geht daraus hervor, daß gerade auf diesem Arbeitsgebiete der Wohnungsämter eine stetige nährbringende Entwicklung zu verzeichnen ist, deren Ergebnisse sich günstig gestaltet haben, zumal durch Neubau bisher nur 7662 Wohnungen fertiggestellt werden konnten. — Von den genannten 2222 Wohnungen sind im Jahre 1922 durch Abtrennung im Zwangswege 1303 Wohnungen gewonnen worden; vier Fünftel der Gesamtkosten für die Gewinnung der 2222 Wohnungen wurden durch Abflößungsgelder gedeckt. Der Umfang dieser Arbeiten hat sich in der bisherigen Entwicklung von etwa vier Jahren zu jedem Zeitpunkt lediglich nach den zur Verfügung stehenden Mitteln richten müssen. Viele brauchbare Abtrennungsobjekte harren der Zeit, zu der sie sich mit weiteren Abflößungsgeldern oder sonstigen Mitteln werden durchführen lassen. Im städtischen Zentralamt für Wohnungswesen ist die Zahl der Beamten und nicht ständig Angestellten, die am 1. April 1922 noch 157 betrug, bis zum 1. Oktober 1922 auf 144 heruntergegangen und bis zum 16. März 1923 auf 104 herabgedrückt worden, also ein Abbau um rund 35 Proz. — Ersparnisse an Personal und Räumen wurden in letzter Zeit durch Zusammenlegung der Wohnungsämter in den Bezirken Mitte, Tiergarten, Wedding, Friedrichshagen und Kreuzberg erzielt. Auch ist das hochbefähigte technische Personal in den Bezirkswohnungsämtern bedeutend vermindert. Die Vereinfachungskommission weist jetzt auf weitere Verminderung des Personals bei den Außenbezirken hin.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung von Vorstehendem in einer besonderen Vorlage Kenntnis gegeben.

Zwei erschossene Russen.

Eine Erinnerung aus den Revolutionswirren 1919.

Das Schwurgericht des Landgerichts III beschloß heute mit einer vier Jahre zurückliegenden Straftat. Im März 1919 wurden im Untersuchungsgefängnis Moabit zwei Russen erschossen, deren Personalien man niemals feststellen vermochte. Am 9. März, an einem Sonntag, als gerade die zwar amüßliche, aber dennoch vollkommen unzutreffende Meldung verbreitet worden war, in Lichterberg seien 30 Kriminalbeamte von den Spartakisten niedergemetzelt worden, wurden von einer Patrouille des Regiments Reinhardt zwei Männer in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert, von denen es hieß, sie seien beim Bündern mit der Waffe in der Hand getroffen worden. Die beiden Gefangenen wurden von den aufgeregten Soldaten mißhandelt und hinterher auf dem Hof erschossen. In einem späteren Verfahren vor dem Kriegsgericht wurde auf Grund von Zeugenaussagen ermittelt, daß als Täter der Student Arthur Schneider und der Fabrikarbeiter Adalbert Ahrendt, die damals bei der Freiwilligenformation standen, in Frage kämen. Von den ordentlichen Gerichten wurden beide vor längerer Zeit zu je ein Jahr drei Monaten Zuchthaus wegen Totschlages verurteilt. Auf Grund neuer Momente ist das Verfahren jetzt wieder aufgenommen worden.

In der heutigen Verhandlung, die Landgerichtsdirektor Regen leitete, bestritten die Angeklagten energisch, die beiden unbekanntem Russen erschossen zu haben. Dagegen geben sie zu, sich daran beteiligt zu haben, die beiden Toten sowie einen handrechtlich erschossenen Matrosen Peters beiseite geschafft zu haben. Am Tage nach der Erschießung wurde nämlich ein Befehl von der Brigade Reinhardt angefordert, die drei Leichen aufzufahren und abends in der Dunkelheit auf der Charlottenburger Chaussee und am Salzer abzuwerfen. Ueber die damaligen Zustände wurde der Führer der Wachtkompagnie Leutnant Koberstein vernommen. Die erste Behauptung, daß die beiden Angeklagten die Russen erschossen hätten, sei von dem damaligen Vertrauensmann der Kompanie, einem gewissen Dienemann, aufgestellt worden, der im Dienste des damaligen Polizeipräsidenten Eichhorn gestanden habe. Der hierauf als Zeuge vernommene Arbeiter Dienemann gab auf Befragen der Rechtsanwältin Zahn und Dr. Kron, ob er bestimmt behaupten könne, daß die beiden Angeklagten die Russen erschossen hätten, zunächst die bestimmte Versicherung ab, er hätte gesehen, wie beide auf die Gefangenen geschossen hätten. Er vermittelte sich dann jedoch in Widersprüche. Um diese Widersprüche aufzuklären, begab sich das Gericht in das Untersuchungsgefängnis, wo in der Frauenabteilung, dem Tatort, ein Sektaterrin abgehalten wurde.

Landeskonferenz preussischer Mieterverbände.

Die Annahme des Reichsmietengesetzes, die der organisierte Hausbesitz seinerzeit mit allen Mitteln zu hinterreiben suchte, und der von den freien Gewerkschaften, den sozialistischen Parteien, dem Verband sozialer Baubetriebe und dem Bund deutscher Mietervereine erlassene Aufruf für die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen haben den Bund deutscher Haus- und Grundbesitzervereine demmaßen beunruhigt, daß er auf seinem Bundestage in München im August v. J. beschloß, von der Defensiv zur Offensiv überzugehen. Zu diesem Zwecke hat er sich mit den Organisationen der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie gegen die Mieterschaft verbündet. Diese „Einheitsfront“ ist endlich am Werke, für den sofortigen Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen Stimmung zu machen, um der Mieterschaft recht bald zu den „Segnungen“ der freien Wirtschaft zu verhelfen. Die Durchführung des Reichsmietengesetzes wird vom Hausbesitz und seinen Freunden nach Kräften sabotiert. Das dem Reichstag vorliegende Schlußgesetz wird mit Hilfe der dem Hausbesitz nahestehenden Parteien nach Möglichkeit verflüchteter und im Reichswirtschaftsrat ist der Hausbesitz soeben am Werke, den ganzen Mieterschaft aufzurollen, und zwar aus dem Wege der Freigabe der gewerblichen Räume aus der Zwangswirtschaft. Unter diesen Umständen ist es zu begrüßen, daß die organisierte Mieterschaft zu entschiedener Abwehr rückt. Die im Bunde deutscher Mietervereine (Gib Dresden) zusammengeschlossenen preussischen Provinzial- und Landesverbände halten am 21. und 22. April in Berlin eine Landeskonferenz ab, die über die nötigen Abwehrmaßnahmen beraten wird. In Verbindung damit soll die Gründung eines Preussischen

Landesverbandes der Mieterverbände mit dem Sitz in Berlin erfolgen, um ein einheitliches Vorgehen der organisierten Mieterschaft bei den Abwehrmaßnahmen zu erzielen. Ueber das Ergebnis der Tagung werden wir berichten.

Dem Mieterverband Deutschlands wird uns geschrieben: „Es entspricht nicht der Tatsache, daß der am 1. März 1923 propagierte Mietestreit vom Mieterverband Deutschlands in Szene gesetzt wurde; noch weniger ist es zutreffend, daß vom Mieterverband Deutschlands in mehreren Versammlungen der Streik abgeblasen wurde. Bezüglich der Behauptung, daß der Mieterverband Deutschlands jetzt einsehe, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Sache nicht gelingen kann, erwidert der Mieterverband Deutschlands, daß er die Maßnahmen der Mietervereinerung, die von einer großen Mehrheit der Berliner Bevölkerung (? d. Red.) beschlossen wurde, voll und ganz unterstützt und die Weiterführung des Mietestreiks solange befürwortet, bis eine Neuordnung der Mieten und Einstellung der Vorkaufszahlungen vom Magistrat Groß-Berlins gegeben ist.“

Dieser Erwidrerung ist die Tatsache gegenüberzustellen, daß der mit großem Geräusch in Szene gesetzte „Mietestreik“, wie vorauszu sehen, kläglich verunglückt ist. Daß der Mieterverband Deutschlands den Streik nicht propagiert, ist eine Mitteilung, die viele seiner Anhänger aufs höchste überrascht wird.

Beobachtungen auf dem Wochenmarkt.

Angstkäufe und Warenmangel.

Der Wucher treibt wieder seine Blüten. Die heutigen Wochenmärkte bewiesen es. Auf einem von ihnen z. B. — dem Winterfeldplatzmarkt — ließ sich folgendes beobachten: Am Morgen sah zu sonst, waren die Stände früh geöffnet und reichlich gefüllt. Die Käufer — durch Vormachrichten verängstigt — kamen zahlreich und schritten in Anbetracht der Preise wieder zu Angstkäufen, durch die die Händler sich veranlassen ließen, stündlich die Preise zu steigern und das mit dem (verlorenen) Markt und Warenmangel zu begründen. Jeder Schritt das Publikum nicht dagegen ein, sondern ließ sich einschleichen und kaufte, zwar gezwungen, aber ohne Widerspruch. Der Erfolg war, daß um 10½ Uhr Fette, Ghee, Mehl so gut wie ausverkauft waren, und Palmöl z. B. überhaupt nicht mehr aufzutreiben war. Dabei erzielten die Händler Mehrpreise von z. B. 1000 M. für Schweinefleisch (5200 M.), von 300 bis 500 Mark für Fette, von 30 bis 50 M. für ein Ei. Auch der Mehlpreis wurde stark hochgetrieben.

Die Markt hat sich wieder erholt. Für die Markthändler aber noch lange kein Grund, ihre Preise danach zu richten! Der Dollar war für 24 Stunden einmal hochgegangen! Das ist für sie die Hauptsache und daran halten sie sich und schrauben vergnügt an der ablosen Schraube und lachen, spricht einer von Polizei, Käuferstreik oder fliegenden Wucher-Standardgerichten. Das kann sie alles nicht rühren! Die prallgemasteten Feitwänste rührt nur der Dollar! Und der war wieder einmal gestiegen! Wann, wann endlich steigt den Herrschaften einmal einer aufs Dach? Das schafgeduldige Publikum trägt selbst große Schuld.

Ausländer-Razzia in Café Bauer.

Eine große Streife unternahm in der vergangenen Nacht unter der Leitung der Kriminalkommissare Hermann und Dr. Ansdorf die Kriminalpolizei in Verbindung mit der Fremdenpolizei Unter den Linden. Sie galt besonders dem Café Bauer. Durch Mitteilungen aus dem Publikum und Beobachtungen war bekannt geworden, daß sich in diesem Café viele Ausländer, die sich ohne jede Erlaubnis in Berlin aufhalten, zu treffen pflegten. Das Ergebnis der Streife bestätigte das auch. In der ersten Stunde traten zahlreiche Beamte plötzlich ein und verlangten von allen Gästen, männlichen und weiblichen, den Ausweis. Alle Papiere wurden sofort an Ort und Stelle so gründlich als möglich geprüft. Waren sie nicht in Ordnung, so wurde der Gast „eingeladen“, einen bereitgehaltenen Lastkraftwagen zu besteigen. Der größte Teil der Anwesenden waren Ausländer. Zwei Kraftwagen waren endlich mit etwa 100 Personen besetzt, als sie nach Schluß der Feststellungen nach dem Polizeipräsidium abfahren, darunter auch verschiedene zweifelhafte Damen, die die Bekanntheit volutastischer Ausländer zu suchen pflegen. Auf dem Polizeipräsidium wurde die Stützung und die Nachprüfung der Angaben fortgesetzt. Eine ganze Reihe der Angehaltenen wurden als lästige Ausländer, die keine Aufenthaltserlaubnis besaßen, der Fremdenpolizei überwiesen. Einige Personen wurden als gesucht festgesetzt und werden der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Essener Sänger in Berlin.

Zugunsten des Deutschen Volksopters, das der im schweren Abwehrkampf stehenden Ruhrbevölkerung Kraft zum Ausdauern geben soll, hat ein aus Mitgliedern des Christlichen Metallarbeiterverbandes sich zusammenschließender Essener Männerchor eine Sängerfahrt nach Berlin gemacht. Gestern ist er in Berlin eingetroffen, bewillkommet von Berliner Sängern, und heute fand im Staatstheater ein Festakt statt, bei dem die Reichs- und Staatsregierung den Essenern ihren Gruß entbot. An dem Festakt nahm auch Reichspräsident Ebert teil. Im Auftrage der Reichsregierung begrüßte Reichsarbeitsminister Brauns die Sänger als die Zeugen all der Seiten, die im besetzten Ruhrgebiet die Bevölkerung zu erdulden hat. Er erinnerte daran, daß erst vor wenigen Tagen die Essener Opfer des Abwehrwillens im Waffengrab zur Ruhe gebettet worden sind. Als Vertreter der Staatsregierung bewillkommet Staatssekretär Becker die Träger der volkstümlichen Kunst hier im Tempel der Kunst. Wieder sei, wie immer in schwerer Zeit, das deutsche Lied zum Ausdruck des deutschen Einheitswillens und des deutschen Einheitsbewußtseins geworden. Herr Strunk, Vorsitzender des Männerchors, erwiderte mit Dankesworten. Wir schweigen, sagte er, von unserem Unglück und unserem Leid. Dem deutschen Volk aber bieten wir ein Glück auf! In dem musikalischen Teil der Veranstaltung teilten sich der Berliner Lehrergesangverein und der Essener Männerchor.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin. Da eine Reihe von Gruppenleitungen dem Zentralbureau immer noch keine Mitteilung gemacht hat, ob die in der Helferversammlung genehmigten Spielplangewünsche drücklich erledigt wurden, bitten wir dringend alle Gruppenführer, die noch nicht im Besitze einer Spielplanerlaubnis sind, dies bis spätestens Mittwoch, den 23. April, dem Zentralbureau (Lindenstr. 3, 2. Hof II) mit nähere Angaben mitzuteilen.

Die Fürsorgestelle für Kriegsschwebende des Bezirksamts Prenzlauer Berg zahlt die Zenerungszuschüsse für den Monat Mai bereits vom 20. April ab und zwar am 20. April für Kriegsschwebende, am 21. und 23. April für Kriegserkern und vom 24. April ab für Kriegserwitmen. Am 1. Mai wird nicht ausbezahlt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kälter, vielfach kälter, nordöstlich über dem Meeresspiegel bei gleichmäßig kalten östlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

12. Mitteilung. Heute abend 7½ Uhr. Sitzung der Abteilungsleiter und der kommunalen Kommission bei Rüschmann, Kadenstr. 122.

Jugendveranstaltungen.

Verderbezirk Kreuzberg. Heute abend 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstraße 2, Sitzung der Abteilungsleiter.

Gewerkschaftsbewegung

Verschleierungspolitik der Regierung.

In einer vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Hülse Berlin, einberufenen Vollversammlung der Reichs- und Staatsarbeiter berichtete Schorlau vom Verbandesvorstand über die Neuregelung der Bezüge vom 1. März bis 31. Mai d. Js. In eingehender Weise schilderte der Referent die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen seitens der Regierungsvertreter gemacht wurden, da sie grundsätzlich jegliche Lohnerböhung ablehnten. Dieses Verhalten wurde damit begründet, daß die unternommenen Stützungsaktionen der Mark durch Lohnerböhung unzulässig gemacht werden würden. Daß aber die Notwendigkeit zu einem Lohnausgleich gegeben war, hat schließlich auch die Regierung anerkannt, indem sie diesen Ausgleich durch Lohnvorschüsse herbeiführen wollte. Wenn diese Absicht Tatsache geworden ist, so ist damit nicht etwa der Beweis erbracht, daß diese Regelung mit Zustimmung der Spitzenverbände erfolgt ist; diese haben vielmehr gegen eine derartige Lohnpolitik mit aller Entschiedenheit protestiert.

In Ergänzung zu diesen Ausführungen führte Mai vom Ortsbureau noch aus, daß diese Lohnpolitik mit allen Mitteln bekämpft werden müsse, weil darin eine Gefahr für die Existenz der Reichs- und Staatsarbeiter zu erblicken sei. Aber auch im Interesse der Arbeiterschaft in der Privatindustrie muß mit dieser Verschleierung der Löhne Schluss gemacht werden. Dieser Auffassung schlossen sich familiäre Diskussionsredner an und fanden damit die einstimmige Zustimmung der Versammelten. Die dadurch zum Ausdruck gebrachte Willensentscheidung fand ihren Niederschlag in der einstimmigen Annahme nachfolgender Resolution:

Die am 18. April 1923 versammelten, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehörenden Reichs- und Staatsarbeiter erheben schärfsten Protest gegen die von der Reichsregierung vom 1. März d. Js. ab folgende Lohnpolitik. Unter keinen Umständen sind die Versammelten willens, sich diesem Zustand noch länger gefallen zu lassen. Die Reichs- und Staatsarbeiter erkennen ohne weiteres an, daß die Stützungsaktionen der Mark und die damit verbundene Preissteigerung auf dem Lebens- und Bedarfsartikelmarkt gefördert werden muß, weil dadurch auch eine Besserung der Lebenslage jedes einzelnen erfolgt; es muß aber mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, wenn versucht wird, diese Maßnahmen auf Kosten der Arbeiter durchzuführen. Schon allein die Tatsache, daß der größte Teil der Arbeiterschaft von dem amtlich errechneten Existenzminimum noch weit entfernt ist, läßt es als unbedingt notwendig erscheinen, daß eine weitere Hebung des Lohnniveaus erfolgen muß. Wenn aber die Reichsregierung als größter Arbeitgeber sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen zu können, wofür doch die Versuchszahlungen ein zweifelsfreier Beweis sei dürfte, dann darf unter keinen Umständen den Arbeitern in der Privatindustrie vorgehalten werden, daß Lohnerböhung im Reich nicht erfolgt sind.

Infolgedessen fordern die Versammelten von ihrem Verbandesvorstand, im Einvernehmen mit den übrigen beteiligten Organisationen, eventuell mit allen zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß umgehend die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter nach klaren tarifrechtlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen unter Zugrundelegung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erneut geregelt werden.

Die Metallindustriellen gegen Gehaltserhöhungen.

Die Verhandlungen, die gestern über die Neuregelung der Aprilbezüge der Angestellten der Berliner Metallindustrie stattfanden, sind, wie uns vom Ortskartell des AFA-Bundes mitgeteilt wird, resultatlos verlaufen. Die Arbeitgeber führten bei dieser Gelegenheit aus, daß der Gehaltssteigerungsplan der Berliner Metallindustrie ein so schlechter sei, daß jede weitere Vergrößerung der Löhne durch Erhöhung der Löhne und Gehälter katastrophal wirken müsse. Die neuerdings wieder zu erkennende weitere Entwertung der Mark sei nach den Erklärungen der Reichsbank und der Reichsregierung nur eine neue Methode der Marktstabilisierung und müsse deshalb lediglich als eine vorübergehende Erscheinung aufgefaßt werden. Wenn die Kleinrentner in vorläufiger Weise dazu übergegangen seien, auf Grund dieser Erscheinung die Preise zu erhöhen, so gäbe dies dem Verband Berliner Metallindustrieller noch lange keine Berechtigung, ebenso vorläufig die Löhne und Gehälter zu erhöhen.

Da diese Schlussfolgerung der Arbeitgeber den Angestelltenorganisationen nicht logisch erschien, haben sie das Reichs-

arbeitsministerium um eine endgültige Entscheidung angefragt. Die von den Angestelltenorganisationen aufgestellte Forderung beträgt 30 Proz.

Nach Erledigung der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium wird eine AFA-Funktionärerversammlung zu dem Ergebnis Stellung nehmen.

Lohnbewegung der Berliner Wachangestellten.

Infolge der niedrigen Löhne in dieser Branche war der Deutsche Verkehrs- und Gewerksbund, für den Monat April neue Forderungen aufzustellen. Auch der Schlichtungsausschuss, der zur Entscheidung aufgerufen wurde, erkannte an, daß die bisher gezahlten Lohnsätze nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen und sprach der Branche eine 20prozentige Erhöhung zu. Da die Unternehmer dieses Schiedsspruch ablehnten, wurde der Demobilisationskommissar angerufen, welcher zwar auch erklärte, daß die Löhne sehr niedrig seien, aber trotzdem nicht die Verbindlichkeit auszusprechen zu können glaubte.

Die Organisation war daher gezwungen, um der Mitgliedschaft zu einer Lohnerböhung zu verhelfen, im Falle weiterer Starrköpfigkeit der Unternehmer den Streik zu proklamieren. Nun kamen Verhandlungen zustande, in denen die Wachgesellschaften den Schiedsspruch annahmen.

Folgende Firmen stehen mit dem Deutschen Verkehrs- und Gewerksbund im Tarifverhältnis:

Berliner Wach- und Schlichtgesellschaft; Wachbereitschaft Groß-Berlin; Nachwachsgesellschaft; Wachgesellschaft für Berlin und Nachbarorte; Allgemeine Wachgesellschaft des Westens; Nachwachsgesellschaft für Charlottenburg; Wachinstitut des Hauptmanns a. D. Steinweg; Industrie-Überwachungs-Gesellschaft „Deulus“; Wachinstitut „Monopol“; Deutsche Wachgesellschaft; Deutsche Wachgruppen; Wachgesellschaft für Berlin und die Berorte; Neufahrner Wachgesellschaft; Berliner Wachgesellschaft, Inspektion Oberspre.

Es gibt in Berlin noch einige Gesellschaften, die unorganisierte Wächter beschäftigen, niedrige Löhne bezahlen und den Tarifgesellschaften unlautere Konkurrenz machen. Nur die, wenigen Gesellschaften, welche Tariflöhne zahlen, sind in der Lage, einwandfreies Personal zu stellen und bitten wir besonders die Betriebsräte, darauf zu achten, welche Gesellschaft die Bewachung ihrer Betriebe ausführt.

Auskünfte erteilt die Organisation jederzeit im Bureau, Bismarckstraße 31; Kurfürst, 9532.

Aus der Vergolder- und Bilderrahmenbranche.

In einer Versammlung aller in der Vergolder- und Bilderrahmenindustrie beschäftigten Arbeitnehmer wurde am Freitag im Lokal „Königsbau“ vom Bevollmächtigten des Holzarbeiterverbandes Böse über den Ausgang der Lohnverhandlungen berichtet. Eine Verständigung mit den Arbeitgebern kam nicht zustande, deshalb mußte die Entscheidung des Schlichtungsausschusses herbeigeführt werden. Der Schiedsspruch hat den Arbeitern eine Lohnerböhung um 10 Proz. ab 14. April zugestimmt. Hiernach erhöhen sich die Löhne der männlichen Facharbeiter über 22 Jahre auf 1500, der weiblichen auf 1050 und der Hilfsarbeiter auf 1072 M. Der Redner kam in seinem Bericht zu dem Schluß, daß es sich angesichts aller in Frage kommenden Verhältnisse empfehlen werde, den Schiedsspruch anzunehmen. Sollten die Arbeitgeber ihn ablehnen, würden andere Schritte unternommen bzw. die Verbindlichkeit des Spruches beantragt werden müssen. In der folgenden Diskussion kam eine große Zustimmung über das geringe Zugeständnis zum Ausdruck, das aber bei der Abstimmung gegen eine erhebliche Widerheit angenommen wurde.

Lohnbewegung der Maschinisten und Heizer.

Die in den Elektrizitätswerken beschäftigten Mitglieder des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer waren am Freitagabend im Gewerkschaftsbureau versammelt, um einen Bericht über die Lohnbewegung von Reinefeld entgegenzunehmen. In seinen Ausführungen wies dieser auf den Inhalt einer Zuschrift des Reichsrats an die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes hin, in der Mitteilung von dem Beschluß des Reichsrats gemacht wird, gemäß der Reichsrechnung an alle im Arbeitsverhältnis zur Stadt Berlin stehenden vollbeschäftigten Arbeitnehmer Lohnvorauszahlungen zu gewähren. Arbeitnehmer, die nicht während des ganzen Monats April beschäftigt sind, erhalten die volle Vorauszahlung nicht. Eine Umrechnung der auf Grund der Verfügung vom 15. März geleisteten Lohnvorauszahlungen für 96 Arbeitsstunden soll nicht stattfinden.

In der anschließenden Diskussion wurden gegen die Vertreter der Gewerkschaften Vorwürfe erhoben, weil sie bei den Verhandlungen mit der Regierung einer derartigen Bohrerregelung zugestimmt hätten. Reinefeld wies diese Behauptung als gänzlich unzutreffend zurück. Von den Vertretern der Gewerkschaften sei vielmehr entschieden gegen diese Regelung Stellung genommen worden. — Nach einem vorliegenden Schreiben der Gewerkschaftskommission ist mit den Arbeitern der Gaswerke eine Verständigung dahin getroffen worden, daß am 1. Mai für die Straßenbahnen Berlins kein Strom geliefert wird. Da nur ein Teil der Straßenbahnen im Westen Berlins aus einem anderen (Privat-) Werk Strom erhält und — wie Reinefeld mitteilte — auch die Arbeiterschaft dieses Werkes am 1. Mai nicht arbeiten werde, dürfte der Straßenbahnbetrieb am Tage der Kaiserfeier völlig stillgelegt werden.

Die Sozialversicherung in der Tschechoslowakei.

Ende April soll die Kommission, welche vom Minister für soziale Fürsorge mit der Ausarbeitung eines Entwurfes über die Erweiterung der Sozialversicherung beauftragt wurde, ihre Arbeit beenden. Durch das neue Gesetz wird die Invalidenversicherung geregelt und die Altersversicherung sowie die Witwen- und Waisenversicherung eingeführt. Die Arbeitslosenversicherung wird in das Gesetz nicht aufgenommen, was einen schweren Mangel bedeutet. Auch die Pensionierung für die Angestellten bleibt außerhalb des Rahmens der neuen Sozialversicherung. Damit wird die geplante Vereinheitlichung der Versicherung nur lächerlich durchgeführt werden. Bezüglich der Verwaltung der Sozialversicherung wird voraussichtlich ein heftiger Kampf entbrennen. Der Forderung der Gewerkschaften nach einer Autonomie der Versicherungsanstalten steht der Anspruch der Regierung entgegen, diese Einrichtungen durch staatliche Organe verwalten zu lassen.

Theater der Woche.

Vom 22. bis 30. April.

Volksbühne: 22. M., 27. M., 28. M., 29. M., 30. M. Eine Vorstellung. Herr Wiegand, 24. und 30. Die Nation. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise. **Opernhaus:** 22. Die Waise. 23. Die Waise. 24. Die Waise. 25. Die Waise. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise. **Opernhaus:** 22. Die Waise. 23. Die Waise. 24. Die Waise. 25. Die Waise. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise. **Opernhaus:** 22. Die Waise. 23. Die Waise. 24. Die Waise. 25. Die Waise. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise.

Rachmittagsvorstellungen: Volksbühne: 22. Der Versuchene. 23. Eine Vorstellung. 24. Die Waise. 25. Die Waise. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise. **Opernhaus:** 22. Die Waise. 23. Die Waise. 24. Die Waise. 25. Die Waise. 26. Die Waise. 27. Die Waise. 28. Die Waise. 29. Die Waise. 30. Die Waise.

Verantwortlich für den Inhalt: Fritz Wietz, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

BÜCHER GESUCHT

Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.

VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT
W. 15, Sächsische Str. 7 — Platzburg 514

Damen- und Herren-Stoffe

aller Art in großer Auswahl. Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Volls, Musseline usw. Kleider- u. Futter-Seiden schwarz und farblich.

Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Alte Gebisse

auch zerbrochene pro Zahn 3500, 4000 bis 80000 Mark Gold-, Silber-, Silbernickel kaut zum Festsitzen Zahnaufkaufstelle

B. Zymelski, Weißburger Str. 32

Hosen! Hosen!

Arbeits-hosen, feldgraue Hosen, Breeches, schwarze u. gestreifte Hosen, Turner- und Fußballhosen kann man gut u. vorteilhaft in großer Auswahl in der

München-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW. 87, Bismarckstr. 39
Bismarck-Laden.
Bauschhosen für beliebige Herren.
Fahrvergütung!

Zur Rheinfrage.

einer unserer größten gegenwärtigen Sorgen, nimmt mit strenger Sachlichkeit Stellung das oben erscheinende Werk

Die Rheinlande in der Franzosenzeit

Von Dr. Alexander Conrady

Kauf den Inhalt des 240 Seiten starken und illustrierten Buches teils folgende Kapitel enthält: Der alte Rhein / Rheinfahrt und Schiffbau / Schiffbau und Industrie / Die Rheinlande / Der Rhein bei den Niederländern / Die Rheinlande, ein geographischer, historischer, sozialer, sprachlicher, literarischer, wissenschaftlicher Überblick auf beiden Ufern / Der Rhein bei den Franzosen

Preis-Grundzahl: brosch. M. 3.—, geb. M. 4.50

Buchhandlung Vorwärts

Berlin SW 65, Lindenstraße 2

Fahrtvergütung!

Urteilen Sie selbst!!

Alles übertreffend!

Greifen Sie zu!

Ohne Rücksicht auf große Verluste! Ohne Rücksicht des heute weit höheren Herstellungspreises!

- Herren-Anzüge . 165000, 129000, 95000, 45000
- Jünglings-Anzüge 75000, 53000, 23000
- Sommer-Schlüpfer . . . 145000, 95000, 52000
- Gumm-Mäntel 120000, 75000, 58000
- Hosen 28000, 22000, 15000, 8500

Rechtzeitiges Erscheinen verhindert den Andrang in den Abendstunden!

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Gewinn-Auszug

21. Preussisch-Schlesische Klassenlotterie (247. Preussische Klassenlotterie)

4. Klasse 4. Ziehungstag 20. April 1923

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Ziehungen I und II

Oben Gewinn, Rechts Verlust

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen:

2 M	500000	M	340820
4 M	100000	M	122795 205408
16 M	80000	M	10692 14894 37876 126183 143708
211000	319011	543524	

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen:

8 M	50000	M	88401 214218 302203 374133
78 M	30000	M	4735 16777 23106 30359 39116
69045	72575	74743	87074 91071 92159 107913 112470
122120	142005	150233	180523 201450 261509 106786
204644	205373	218927	231035 238003 241394 243180
247468	253907	254208	252459 272282 282616 303050
317346	340270	343988	364359

Trauringe

Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an

einfache Trauringe, rest. von 6000 M. an. Fast alle Preislagen am Lager, Namen- u. Etui umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzuge in 24 Stunden.

Garantieschein für gratis Goldgehalt!

Trauringefabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydelstraße 4 (Pittelmarkt)

Gold-, Silber-, Platin-Bruch

Zahngelbisse zahlr. unüberbleibliche Preis

R. Felske,
67 Grosse Frankfurter Straße 67.



H. Wiese, Juwelier
Berlin N. Artilleriestr. 30
Berlin W. Passauer Str. 12

Ausführliche Preisliste nach außen gegen Rückporto.
Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldgehalt

Telegr.-Adr. Trauringen Berlin.